

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft - Kürzere Debatten durch Einführung der Option „5 plus 2“

Mit Datum vom 19. Januar 2017 beantragte die Fraktion DIE LINKE, in § 45 der Geschäftsordnung eine Regelung aufzunehmen, wonach bei einer verkürzten Debatte die eine Initiative in die Bürgerschaft einbringende Fraktion oder Gruppe eine zusätzliche Redezeit von zwei Minuten zur Begründung ihrer parlamentarischen Initiative erhalten solle. Die Bürgerschaft (Landtag) überwies den Antrag in ihrer Sitzung am 26. Januar 2017 zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

Auf Initiative des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses erprobte die Bürgerschaft (Landtag) die Regelung auf Grundlage einer interfraktionellen Vereinbarung.

Der Ausschuss beriet den Antrag in seinen Sitzungen am 28. Februar 2017, 3. August 2017, 30. November 2017 und 15. Februar 2018. In seiner Sitzung am 4. September 2018 beschloss der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP sowie gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und DIE LINKE, anzuregen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19. Januar 2017 - Kürzere Debatten durch Einführung der Option „5 plus 2“ - Drucksache 19/910 - abzulehnen.

II. Antrag

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19. Januar 2017 - Kürzere Debatten durch Einführung der Option „5 plus 2“ - Drucksache 19/910 - ab.

Christian Weber
(Präsident)